

Medienmitteilung 1 / 2017

Thema	Vernehmlassungsantwort KIP (Kantonales Integrationsprogramm)
Rückfragen	Renata Siegrist-Bachmann (renata.siegrist@sunrise.ch ; 076 419 01 59)
Absender	Grünliberale Partei Aargau, Postfach 2855, 5001 Aarau eMail: ag@grunliberale.ch www.ag.grunliberale.ch
Datum	27.01.2017

Die Grünliberalen sind mit der Weiterführung des KIP, den Schlussfolgerungen aus den zwei ersten Programmjahren sowie den Rahmenbedingungen und den gesetzten Teilzielen einverstanden. Die Kürzung der finanziellen Mittel wird hingegen kritisch betrachtet. Weiter ist wünschenswert, dass die Gemeinden vermehrt in die Pflicht genommen werden.

Der Bericht ist dahingehend ernüchternd, als dass in den Gemeinden anscheinend die Verbundaufgabe zur Integration nicht sonderlich prioritär behandelt wurde. Erstaunlich, denn mit den Schwierigkeiten mangelnder Integration werden die Gemeinden als erstes konfrontiert. Die Gemeinden sind künftig vermehrt in die Pflicht zunehmen. Insbesondere eine gut organisierte regionale Zusammenarbeit zwischen kirchlichen, humanitären und kommunalen Organisationen würde für alle Parteien entlastend wirken. Selbstverständlich wären damit auch Bildungsangebote wie Frühförderung, die Muki-Angebote und die Unterstützung eines Spielgruppenbesuchs gemeint.

Die Grünliberalen halten im Gegenzug weiter an dem Grundsatz „Fördern und Fordern“ fest. Die glp Kt. AG ist der Ansicht, dass das Instrument der Integrationsvereinbarungen noch etwas weiter ausgebaut werden könnte. Es dürften durchaus, natürlich einzelfallgerecht, vermehrt Eigenleistungen der Asylsuchenden verlangt werden. Das Modell der bereits vielfach diskutierten Integrations-RS scheint ein allenfalls mögliches und geeignetes Mittel zu sein.